



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

Per Mail: bfi-botschaft@sbfi.admin.ch

Bern, 21.09.2023

Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (BFI-Botschaft 25–28): Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur BFI-Botschaft 25-28 Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Allgemeine Einschätzung

Die Städte begrüßen generell die Stossrichtung der BFI-Botschaft. Die Investitionen im BFI-Bereich sind von grosser Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt in der ganzen Schweiz und in den Städten. Es wird positiv bewertet, dass die förderpolitischen Grundsätze der vergangenen Förderperioden weiterverfolgt werden. Die gesetzten Prioritäten sind nachvollziehbar und zielgerichtet.

Anliegen zu einzelnen Bereichen

Berufs- und Weiterbildung: Die Berufs- und Weiterbildung ist für die Städte von grosser Bedeutung, da Bildung ein wesentlicher Faktor zur beruflichen und sozialen Integration ist und damit zentral für die Armutsprävention und -bekämpfung in den Städten. Weiterbildung ist nicht nur in Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel von Bedeutung, sondern auch zur Unterstützung jener Personen, deren Berufe infolge des Strukturwandels Veränderungen erfahren oder sogar verschwinden. Die Städte äussern die folgenden konkreten Anliegen:

- Da von steigenden Zahlen bei Schulabgängern und -gängerinnen auszugehen ist, sollen im Rahmen von «Berufsbildung 2030» oder Verbundprojekten die Kantone in der Lehrstellenförderung unterstützt werden.



- Die zusätzlichen Mittel zur Förderung der Grundkompetenzen werden sehr begrüsst, einerseits mit Bezug auf die berufliche Integration, andererseits aber auch im Hinblick auf mehr soziale Teilhabe und auf eine selbständigere Alltagsbewältigung.
- Die Weiterführung von viamia und die dafür vorgesehene Finanzierung werden begrüsst. Allerdings wird das degressive Modell, in dem die Kantone sehr schnell die Finanzierung vollumfänglich übernehmen müssen, als problematisch erachtet. Gewünscht wird eine Ausdehnung des Zeitrahmens. Zudem braucht es spezielle Massnahmen, damit viamia noch stärker von Personen mit fehlender und mangelnder Bildung genutzt wird und eine explizite Öffnung des Angebots für Sozialhilfebeziehende.
- Bei den Ausbildungsbeiträgen wäre es wünschenswert, dass eine Harmonisierung der kantonalen Regelungen forciert wird. Zudem ist anzustreben, dass auch Personen über 45 Jahren für Beiträge für das Nachholen eines Berufsabschlusses beitragsberechtigt sind, sowie mit Massnahmen zum Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit unterstützt werden können.

Hochschulbereich: Der Hochschulbereich ist besonders den grossen Städten ein Anliegen, da sie als Hochschulstandorte und häufig auch Wohnort der Angestellten und Studierenden direkt betroffen sind.

- Angesichts der Teuerung und der steigenden Studierendenzahlen werden die Beiträge an die Universitäten faktisch gekürzt. Die Städte befürchten, dass es dadurch zu Einbussen kommt bei der Grundlagenforschung und der Ausbildung der Studierenden. Zudem leiden die Hochschulen in verschiedener Hinsicht darunter, dass die Schweiz nicht mehr Teil von Horizon Europe ist, und die bereitgestellten Mittel können das nicht kompensieren. Es ist den Städten deshalb ein Anliegen, dass die Investitionen der Teuerung Rechnung tragen und dass auch ein Augenmerk auf die oftmals prekären Arbeitsbedingungen des Mittelbaus gerichtet wird.

Transversale Themen: Nachhaltigkeit und Chancengerechtigkeit (damit verbunden auch chancengerechter Zugang zur digitalisierten Welt) sind für die Städte wichtige Themen in Zusammenhang mit der BFI-Botschaft. Dazu zwei konkrete Anliegen vonseiten Städteverband:

- Unter 1.3.3 wird auf das Thema Chancengerechtigkeit eingegangen und deren Wichtigkeit für den gesellschaftlichen Zusammenhang betont. Dabei wird als Zielgruppe der Förderung von Chancengerechtigkeit auf Kinder und Jugendliche aus wissenschaftsfernen oder sozial benachteiligten Milieus hingewiesen. Wie dieser Fokus ausgestaltet sein soll, wird allerdings nicht klar. Der Städteverband fände es wichtig, dass ausformuliert wird, wie dieser Fokus ausgestaltet wird, weil Investitionen in diese Zielgruppe eine wichtige Form der Armutsprävention sind.
- Soziale Innovationen sind wegweisend für die notwendige Transformation der Gesellschaft und für die Umsetzung der Ziele der Agenda 21 für nachhaltige Entwicklung und werden häufig in den Städten initiiert. Dem Städteverband ist es deshalb ein Anliegen, dass der Entwurf für die BFI-Botschaft soziale Innovationen noch stärker berücksichtigt. Konkret würde dies bedeuten, dass ein Pilotprogramm zur Förderung sozialer Innovationen in der Schweiz lanciert wird und ein begleitendes Monitoringsystem für soziale Innovationen in der Schweiz aufgebaut wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.



Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Anders Stokholm
Stadtpräsident Frauenfeld

Direktor

Martin Flügel

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband